

A stylized world map composed of a grid of dots in various shades of gray, with several dots highlighted in red. The map is centered behind the title and subtitle.

Gespalten und ungleich

Wie Integration die gerechte
Gesellschaft hervorbringen kann

NICK JOHNSON
November 2010

- Großbritannien ist gespalten und ungleich. Großbritannien ist gespalten, weil es ungleich ist – und es ist ungleich, weil es gespalten ist. Die Kluft zwischen Arm und Reich, explodiert in den 1980er Jahren, nimmt ständig zu, trotz aller Maßnahmen, die die Labour-Regierung in den letzten 13 Jahren dagegen unternommen hat.
- Das Land muss sich auf eine kollektive Vision von einer gerechten Gesellschaft besinnen. Das bedeutet, dass ein Teil der progressiven »Linke« über Eigeninteresse und Lobbyismus hinauswachsen muss. Gleichheit kann nicht länger durch das Prisma von Minderheitenrechten betrachtet werden, wenn benachteiligte und marginalisierte Bevölkerungsgruppen miteinander um begrenzte finanzielle Mittel oder politische Ämter konkurrieren.
- Die Zusammensetzung der britischen Gesellschaft wird immer vielfältiger. Britische Institutionen und Entscheidungsträger müssen diesem Wandel dringend Rechnung tragen. Es ist unabdingbar, alle Bürger an politischen Prozessen und Entscheidungen zu beteiligen. Nur so kann man dafür sorgen, dass die einzelnen Bürger ihre demokratischen Rechte ausüben und die politischen Entscheidungen in ihrem Land beeinflussen.
- Integration als politischer Ansatz geht über die Vorstellung von Identität hinaus; sie setzt sich mit aller Macht für eine Gesellschaft ein, in der größere Gleichheit herrscht. In den letzten Jahren haben sich die Debatten über Gleichheit in Großbritannien zu stark auf die individuellen Entfaltungsmöglichkeiten konzentriert und sich zu wenig mit dem Zustand der Gesellschaft befasst.

Großbritannien ist gespalten und ungleich. Großbritannien ist gespalten, weil es ungleich ist – und es ist ungleich, weil es gespalten ist.

Großbritannien ist ein Land, in dem die soziale Mobilität immer stärker abnimmt und die Kluft zwischen Arm und Reich ständig größer wird. Großbritannien ist aber auch ein Land, in dem sich die soziale Segregation unablässig verschärft. Wir leben immer noch mit Margaret Thatchers Vermächtnis, das Ungleichheit und soziale Trennung tiefgreifend beschleunigte und darüber hinaus das Ethos schuf, wonach es »so etwas wie Gesellschaft« gar nicht gibt. Die Mitgliedszahlen von Massenorganisationen wie Gewerkschaften oder politischen Parteien gehen ständig zurück. Unsere Gesellschaft bietet immer weniger Zusammenhalt. Die Bindungen zwischen unseren Bürgern werden immer schwächer und allmählich durch die Überzeugung ersetzt, dass jeder Einzelne nur für sich selbst existiert.

Wir brauchen eine neue Vision, um die Entwicklung neuer Denkansätze voranzutreiben, und das vor allem in einer Zeit, in der die Labour-Partei in der Opposition ist. Diese Vision muss über die einfache Idee von Gleichheit hinausgehen und genau jene gesellschaftlichen Bedingungen widerspiegeln, die zurzeit herrschen, das heißt sowohl unsere Beziehungen miteinander als auch unsere jeweiligen individuellen Entfaltungsmöglichkeiten. Eine gerechte Gesellschaft verlangt, dass wir uns mit mehr Faktoren als nur mit den Indikatoren für individuelle Gleichheit befassen: Sie verlangt vielmehr auch, dass wir uns mit dem Zustand unseres gesellschaftlichen Gefüges beschäftigen. Integration kann diese Vision schaffen.

Weil die politische Linke in erster Linie von den Wertbegriffen Gleichheit und Gerechtigkeit beherrscht wird, gelten Themen wie Integration und Identität oft als Ablenkung vom eigentlich Relevanten: Wenn es um soziale Probleme geht, werden Fragen wie die der Identität als zweitrangig betrachtet. Genau darin aber verbirgt sich ein wichtiges politisches Problem. Wir werden es nicht schaffen, die erwünschten breiten Koalitionen im Kampf gegen soziale Ungleichheit zu bilden, wenn zum Beispiel die Frage der Identität als nebensächlich betrachtet wird. In Wahrheit beruht Integration ja darauf, dass sich beides gegenseitig bedingt. Integration bedeutet, dass es keine Chancengleichheit geben kann, solange Interaktion und soziale Solidarität nicht vollständig gewährleistet sind.

Es gibt drei zentrale Grundsätze einer integrierten Gesellschaft – Gleichheit, Interaktion und Teilhabe. Integration verlangt, dass alle Bürger gleichwertig sind, gesellschaftliche Entwicklungen mitgestalten und an Entscheidungsprozessen teilhaben.

Gespalten und ungleich

Überall auf der Welt verbirgt sich hinter jeder Form von Segregation ein Zustand der Ungleichheit. Eine Gesellschaft mit weniger Ungleichheit kann nur durch größere Integration zustande kommen.

Der Weg aus der Armut wird von geografischen Faktoren zusätzlich erschwert. Es kommt auf den richtigen Ort an; der kann entscheidend dafür sein, wie sich das Leben entwickelt und welche Chancen sich bieten. Für viele Menschen bedeutet das doppelte Pech – sie leiden mit großer Wahrscheinlichkeit nicht nur selbst unter Armut, sondern leben vermutlich auch in armen Regionen. Dazu kommt, dass die Bestrebungen solcher Menschen von der übrigen Welt eingeschränkt werden. Das gilt für den sozio-ökonomischen Bereich ebenso wie für ethnische Grundsätze. Dies könnte erklären, warum viele Initiativen der früheren Labour-Regierung zur Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit nicht den erhofften Erfolg gehabt haben.

Jene linken Kritiker, die davon überzeugt sind, dass man sich einzig und allein auf Gleichheit konzentrieren sollte, verpassen eine Gelegenheit. Seit Enoch Powells berühmter »Rivers of Blood«-Rede befindet sich die Linke in Bezug auf Einwanderung und Kultur in der Defensive. Dass die Rechte dadurch in die Lage versetzt wurde, sich mit dem Thema Integration ohne Gleichheit zu befassen, hat teilweise mit der Weigerung einiger Linken zu tun, das Problem Integration in Debatten über Gleichheit und Gerechtigkeit zu erwähnen. Der öffentlichen Diskussion über den Mangel an Integration und über die wachsende Zuwanderung von Ausländern hat die Linke nichts entgegenzusetzen.

Ein wichtiger Faktor in der derzeitigen Integrationsdebatte ist die Frage, wie die Idee der so genannten »Multikulti«-Gesellschaft versucht, sich dem Zeitalter der »Super-Vielfalt« anzupassen. Integration kann auf den fortschrittlichen Elementen von »Multikulti« aufbauen, indem sie über Begriffe wie Rasse und Religion

hinausgeht und dadurch einen größeren methodischen Rahmen schafft.

Das stellt eine Herausforderung für fortschrittlich Denkende dar. Seit über 40 Jahren ist »Multikulti« eine der Grundüberzeugungen der Linken. Dass sich die Linke voll und ganz »Multikulti« verschrieben hat, hat entscheidend dazu beigetragen, Großbritannien in ein Land zu verwandeln, das seine Vielfalt zunehmend akzeptiert.

Doch auch wenn unsere Vielfalt größer geworden ist, so können doch althergebrachte Vorstellungen von der Identität ethnischer Gruppen und Minderheiten nicht Schritt halten mit Tempo und Umfang der Mobilität im 21. Jahrhundert. Immer mehr Menschen haben mehr als eine Identität, und verschiedene Aspekte spielen zu unterschiedlichen Zeiten die jeweils größte Rolle – entscheidend ist der Kontext.

Darüber hinaus haben wir »Anderssein« nicht nur anerkannt und unterstützt, sondern es auch so stark belohnt, dass Fördermechanismen und Repräsentationsformen die soziale Interaktion untergraben haben. Die Menschen wurden dazu angehalten, sich in bestimmten kulturellen oder ethnischen Gruppen zu organisieren, um dadurch in den Genuss von Fördergeldern zu kommen oder als repräsentative Vertreter ihrer jeweiligen Gruppierung aufzutreten. Zunächst war das natürlich eine Möglichkeit, die Interessen und Anliegen einer Minderheit zu verteidigen. Mit der Zeit aber hat man Menschen damit in Schubladen gesteckt, die oft weder relevant noch nützlich sind.

Hinzu kommt, dass das Bedürfnis, den kulturellen Unterschied zwischen den Menschen hervorzuheben, einige zentrale Gleichheitsgrundsätze unterminiert hat. Wir haben uns zu sehr darauf konzentriert, den Identitätsunterschied zu zelebrieren und zu wenig darauf, uns mit der ökonomischen Differenz zu beschäftigen. Integration ist die Anerkennung der These, dass wir größer sind als die Summe unserer Teile. Martin Luther King nannte das die »miteinander verknüpfte Struktur der Realität«.

Die gerechte Gesellschaft

Auch wenn die wirtschaftliche Lage momentan Anlass zu großer Sorge gibt, sollte das Leben in den Industrienationen dennoch so angenehm sein wie niemals zuvor – wir sind wohlhabender als früher, wir leben länger und

die technologische Entwicklung hat dazu geführt, dass Kommunikationsmittel und Reisemöglichkeiten exponentiell zugenommen haben. Aber viele von uns sind einsam, haben Angst vor der Zukunft und sind generell weniger glücklich als unsere Vorfahren. Wir klagen über die mangelhafte Vereinbarkeit von Beruf und Familie, über die Zeit, die es kostet, zur Arbeit zu kommen, und über den unablässigen Druck, immer mehr Geld verdienen zu müssen. Ehrenamtliches Engagement geht ständig zurück und immer weniger Menschen nehmen an Gemeinschaftsaktivitäten wie Sport, Gottesdiensten oder Wohltätigkeitsinitiativen teil.

Wir müssen uns auf eine kollektive Vision von der gerechten Gesellschaft besinnen. Das bedeutet, dass ein Teil der Linke sich über Eigeninteresse und Lobbyismus hinwegsetzen muss. Wir können Gleichheit nicht länger durch das Prisma von Minderheitenrechten betrachten, wenn benachteiligte und marginalisierte Bevölkerungsgruppen miteinander um begrenzte finanzielle Mittel oder politische Ämter konkurrieren. Nur allzu oft wurden Maßnahmen im Kampf gegen die Ungleichheit damit gerechtfertigt, dass sie ja den Interessen von Individuen oder Gruppen dienen. Der gesamtgesellschaftliche Nutzen aber wurde außer Acht gelassen. Ein solches Vorgehen untergräbt nicht nur die Solidarität, sondern weicht auch der Diskussion über die größeren sozialen Vorteile einer gerechteren Gesellschaft aus.

Eine gerechte Gesellschaft ist eine integrierte Gesellschaft; in einer integrierten Gesellschaft herrscht echte Gleichheit zwischen den Bürgern. Keiner Gruppe und keinem Individuum werden hier irgendwelche Rechte oder Möglichkeiten verwehrt.

Die bürgerlichen Rechte des Einzelnen dürfen keinesfalls nur als juristische Definition verstanden werden. Gemeint ist vielmehr ein umfassender kultureller Begriff. Dazu gehören die vollständige Teilhabe am Gemeinschaftsleben und das Mitwirken an den Geschicken der Nation, sei es bei Wahlen, in ehrenamtlichen Tätigkeiten oder auch bei Bürgerinitiativen gegen den Ausbau eines Supermarkts in der Nachbarschaft. Integrierte Bürger sind sich ihrer Rechte bewusst und handeln im Rahmen ihrer demokratischen Möglichkeiten.

Integration lehnt deshalb jede Art von jenem »Über-Liberalismus« ab, der bei Reformen des öffentlichen Lebens zu einer Besessenheit mit Wahlmöglichkeiten und

Individualisierung geführt hat. Es ist nicht mehr wichtig, dass alle Schulen gleichermaßen gut sind; es kommt lediglich darauf an, dass Eltern ihre Kinder in die Schule schicken können, die sie am besten finden. Argumente dieser Art untergraben das Engagement um unser gemeinsames Wohlergehen und unsere Möglichkeiten in der Gesellschaft. Eine solche Denkweise verhindert außerdem – und das ist entscheidend – jeden Ansporn, sich für Gleichheit in der Gesellschaft einzusetzen. Statt gemeinsam dafür zu kämpfen, dass es alle Bürger besser haben, geht es auf diese Weise nur darum, das Beste für sich selbst herauszuholen.

Dies soll jetzt aber nicht als Argument dafür verstanden werden, dass wir zu einer monolithischen Vorgehensweise zurückkehren sollten, die kulturelle oder religiöse Unterschiede nicht akzeptiert. Gemeint ist vielmehr, dass die Angebote des Sozialstaates ein Plus für jedermann sein sollen. Wir müssen dafür eintreten, dass wir Staatsbürger sind und keine Verbraucher.

Strategisches Vorgehen

Wenn Integration mit Erfolg durchgesetzt werden soll, muss sie im Mittelpunkt des politischen Entscheidungsprozesses stehen. Wichtig ist dabei, eine umfassende Strategie für alle gesellschaftlichen Bereiche zu entwickeln und eine Vision unserer künftigen Gesellschaft zu erarbeiten – eine Gesellschaft, in der es Gleichheit, Interaktion und Teilhabe gibt. Dazu gehören auch Bereiche wie Wohnungspolitik, Gesundheitssystem und Strafrecht. Integration erfordert neue Politikansätze.

So bildet zum Beispiel ein Bildungssystem, das keine Unterschiede macht und allen offen steht, die Grundlage einer integrierten Gesellschaft: Individuelle Entwicklung, Wissen, Fertigkeiten und Fähigkeiten sind unabdingbar, damit jeder in der Gesellschaft sein Potenzial ausschöpfen kann. Bildungsangebote können dafür sorgen, dass Kinder aller gesellschaftlichen Schichten so früh wie möglich zu Sozialverhalten und Interaktion angeleitet werden. Dadurch kann man Kindern eine positive Einstellung zu ihren Mitmenschen vermitteln und ihr Verhalten entsprechend beeinflussen.

Wir müssen sicherstellen, dass unser Bildungssystem Interaktion fördert. Kinder sind in erster Linie Kinder und nicht Vertreter einer Klasse, einer Rasse oder ei-

nes Glaubens. Wenn wir wollen, dass unsere Schulen gleichermaßen für alle gesellschaftlichen Gruppen da sind, müssen wir dafür sorgen, dass diese Schulen die gleichen finanziellen Mittel erhalten, die besten Lehrern dort arbeiten sowie Kindern und Jugendlichen eine gleichermaßen gute Ausbildung bieten. Wenn jedes Kind jede Schule besuchen könnte, dann müsste man nicht länger fordern, dass alle Schulen gleich gut sein sollen. Dann würde aus einem politischen Anliegen eine nationale Notwendigkeit. Das Spektrum der Schulen, die zur Auswahl stehen, muss kontrolliert werden, damit jede Familie die gleichen Wahlmöglichkeiten hat. In dieser Hinsicht könnte der Vorschlag der Regierungskoalition verhängnisvoll sein, mehr sogenannte »Academies« und »Free Schools« zu gründen. Es besteht die Gefahr, dass dadurch Segregation und Ungleichheit fest in unserem Bildungssystem verankert werden könnten.

Wir müssen auch die Unterschiede im Leistungsniveau in Angriff nehmen. Das kann aber nur gelingen, wenn Leistung und Partizipation irgendwann einmal nicht mehr eindeutig auf die ethnische und soziale Herkunft oder die Geschlechtszugehörigkeit zurückgeführt werden. Das gehört bei der Beurteilung des Erfolgs von Schulen oder Colleges unbedingt dazu, und zwar unabhängig von ihrer Position im Ranking des Bildungssystems.

Lehrplan und Bildungsziele sollten Integration fördern. Geschichte und Sozialkunde müssten deshalb mehr Gewicht bekommen. In Sozialkunde sollten Kultur und Ethik eine ebenso große Rolle spielen wie die reine Wissensvermittlung. Dadurch könnten die Schüler besser auf ihr Leben in einer facettenreichen multikulturellen Gesellschaft vorbereitet werden, und zwar alle, nicht nur die Neuankömmlinge aus den Zuwandererfamilien.

Was für das Bildungssystem gilt, trifft auch auf den Arbeitsmarkt zu. Auch hier ist Partizipation unabdingbar mit dem Wohlergehen des Einzelnen verbunden. Sie garantiert nicht nur einen akzeptablen Lebensstandard, sondern fördert auch Zufriedenheit und Selbstbewusstsein. Zentraler Ansatz in der Arbeitsmarktpolitik muss das Ziel sein, die starren Diskrepanzen auf dem Arbeitsmarkt aufzulösen und dadurch auch das Lohngefälle zu beseitigen. Die Einführung eines Mindestlohns konnte das Problem schon teilweise lösen, aber das war nur ein Anfang – jetzt müsste überall im öffentlichen Dienst das Recht auf existenzsicherndes Entgelt eingeführt werden. Außerdem sollten wir uns mit der Frage befassen, ob

es nicht sinnvoll sein könnte, die Bezahlung von Arbeitskräften regional zu staffeln.

Unsere Arbeitsplätze müssten ein Spiegelbild der britischen Gesellschaft im 21. Jahrhundert sein. Das heißt, die Belegschaft sollte in allen Berufssparten, in jedem Betrieb und in jeder Behörde so zusammengesetzt sein, dass alle gleichermaßen vertreten sind.

Wenn Absichtserklärungen und Einzelinitiativen nichts bringen, müssen Sondermaßnahmen und wirksamere Schritte ins Auge gefasst werden. Das muss nicht unbedingt so weit gehen wie positive Diskriminierung, kann aber zum Beispiel die Einführung von Weiterbildungsprogrammen und Hilfsangeboten für Mitarbeiter umfassen, die am Arbeitsplatz ausgegrenzt werden. Dadurch könnte eventuell der Mangel an Bildungsangeboten und Fähigkeiten ausgeglichen werden, dem diese Menschen in früheren Jahren ausgesetzt waren. Wir müssen es wagen, kühne Ideen zu entwickeln, wenn wir aus dem Teufelskreis ausbrechen wollen.

Die Zusammensetzung unserer Gesellschaft wird immer vielfältiger, unsere Institutionen und Entscheidungsträger müssen diesem Wandel dringend Rechnung tragen. Es ist unabdingbar, alle Bürger an politischen Prozessen und Entscheidungen zu beteiligen. Nur so kann man dafür sorgen, dass die einzelnen Bürger ihre demokratischen Rechte ausüben und die politischen Entscheidungen im Land beeinflussen.

Unsere politischen Parteien müssen offener für alle Bürger werden und sicherstellen, dass sie tatsächlich die Gesamtheit der Bevölkerung vertreten.

Wenn wir darin übereinstimmen, dass Wahlrecht und Teilhabe am demokratischen Prozess ein entscheidender Ausdruck der Bürgerrechte sind, dann sollten wir auch über das Thema Wahlpflicht nachdenken. Man könnte argumentieren, dass Wählen genauso zu den staatsbürgerlichen Pflichten gehören sollte wie die Einhaltung der Gesetze. Um das zu unterstützen, müssten Wahlen allerdings künftig am Wochenende stattfinden. Man könnte vielleicht sogar einen »Wahltag« einführen, also einen öffentlichen Feiertag, der gleichzeitig auch ein Fest der Bürgerrechte sein könnte.

Dezentralisierung bringt Chancen und Risiken mit sich. Sie muss richtig organisiert sein, wenn sie bestehende

Ungleichheiten nicht noch verstärken soll. Wenn bestimmte Entscheidungsprozesse auf lokaler Ebene stattfinden, kann das enorm positive Auswirkungen auf die Förderung der Integration haben –und auf allen lokalen Ebenen zu Interaktion führen. In einer gespaltenen Welt kann jede Dezentralisierung aber auch dazu führen, dass die Kluft zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen noch größer wird. Eine lautstarke Minderheit kann leicht die Entscheidungsgewalt an sich reißen und andere Gruppen ausschließen. Der Wohnort darf nicht länger darüber entscheiden, wie man versorgt wird. Der Zugang zu akzeptablen Dienstleistungen muss für alle Bevölkerungsgruppen überall im Land gleichermaßen gewährleistet sein.

Schlussfolgerung

Integration bedeutet mehr als die Summe ihrer Teile; es ist unabdingbar, dass alle gesamtgesellschaftlichen Bereiche zusammenarbeiten, um Solidarität und Teilhabe zu schaffen. Die Wurzel liegt in der politischen Überzeugung – die auch im Grundsatzprogramm der Labour-Partei formuliert ist –, dass »wir durch die Stärke unserer gemeinsamen Anstrengung mehr erreichen als wenn wir es allein versuchen«.

Integration hilft, den sozialen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts auf fortschrittliche Weise zu begegnen. Sie ist ein Mittel, um engstirnigen Konservatismus zurückzuweisen, der aus der gesellschaftlichen Vielfalt ein monolithisches Ganzes machen möchte. Integration bietet uns aber auch die Möglichkeit, die Identitätspolitik zu überwinden, die viele Linke immer noch vertreten. Diese beiden Schulen bekämpfen sich und halten sich gegenseitig in Schach. Die Identitätspolitik war eine legitime Anti-These zu einem Konservatismus, der gesellschaftliche oder institutionelle Veränderungen verhindern wollte und von Zuwanderern und anderen gesellschaftlichen Gruppen ausschließlich Anpassung verlangte. Dieser Konservatismus verwandelt sich in seiner extremen Form in Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und offene Vorurteile. Die Antwort der Linke darauf war und ist richtig, wenn sie geltend macht, dass unterschiedliche Überzeugungen, Lebensweisen und Kulturen in gleicher Weise legitim sind. Die Absage an einen Assimilationsansatz, der den Status Quo erhalten wollte und Veränderungen ablehnte, führte jedoch zu einem übertriebenen Festhalten an der Identitätspolitik, so dass Vorstellungen von

gemeinsamer Identität und Erfahrung implizit abgelehnt wurden. Was uns unterschied, wurde wichtiger als das, was wir gemeinsam hatten.

Vielfalt sollte nicht durch Uniformität ersetzt werden. Wir brauchen neben unserer eigenen individuellen Identität auch eine gemeinsame. Diese gemeinsame Identität ändert sich ständig und wird von unserer Vielfalt sowie dem sozialen Wandel geformt. Es ist durchaus möglich, dass dieser Prozess der Veränderung zusammen mit Verhandlungsbereitschaft, Toleranz und Verständnis die wichtigsten Faktoren für eine erfolgreiche Integration bildet. Robert Putnam drückte das folgendermaßen aus: „Die zentrale Herausforderung für die modernen Gesellschaften in all ihrer Vielfalt besteht darin, ein neues, umfassenderes „Wir“-Gefühl zu schaffen“.

Aber Integration als politischer Ansatz geht über die Vorstellung von Identität hinaus; sie setzt sich mit aller Macht für eine Gesellschaft ein, in der größere Gleichheit herrscht. In den letzten paar Jahren haben sich die Debatten über Gleichheit zu stark auf die individuellen Entfaltungsmöglichkeiten konzentriert und sich zu wenig mit dem Zustand der Gesellschaft befasst, in der wir alle leben. Das heißt auch, dass wir dazu tendiert haben, nicht darauf zu achten, wie eines das andere verstärkt. In einer Gesellschaft, in der so viel Ungleichheit herrscht wie in der unsrigen, können Zusammengehörigkeitsgefühl und Solidarität nicht entstehen.

Integration bietet der Labour-Partei die Möglichkeit, eine klare Trennungslinie zu ziehen zwischen den eigenen, in der Solidarität der Gemeinschaft verwurzelten Werten und dem liberalen Individualismus der Regierungskoalition. Daraus folgt, dass die Partei einen Teil ihrer Besessenheit mit Konsumdenken und individueller Wahlfreiheit aufgeben und zu ihren kollektiven Wurzeln zurückkehren muss. Wenn wir einen gemeinschaftsorientierten Ansatz verfolgen, der auf Gleichheit und Interaktion zwischen allen Menschen beruht, kommen wir einer Gesellschaftsform näher, die diese Ziele erreicht. Unsere gegenseitigen Bindungen sind genauso wichtig wie unsere individuellen Entfaltungsmöglichkeiten. Doch damit nicht genug: Die Chancengleichheit unseres Nachbarn sollte genauso wichtig sein wie unsere eigene.

Solidarität und starker gesellschaftlicher Zusammenhalt sind unabdingbar, wenn man Ungleichheit abschaffen will. Man kann beides aber nicht erreichen, solange weiterhin Ungleichheit herrscht. Das Wohlergehen von Individuen steht in direktem Zusammenhang mit der Gesellschaft, in der sie leben. Ihre Handlungen, Verhaltensweisen und Überzeugungen sollten nur in Zusammenhang mit den Gemeinschaften gesehen werden, in denen sie leben.



Über den Autor

Nick Johnson arbeitet als unabhängiger Politik- und Forschungsberater und befasst sich vor allem mit den Problemkreisen Gleichheit, Zusammenhalt und Integration im öffentlichen und ehrenamtlichen Bereich. Zuletzt war er für die Leadership Foundation tätig sowie für das Leadership Centre for Local Government und das Office of Public Management. Er ist Forschungsstipendiat beim Smith Institute und Principal Associate beim Institute of Community Cohesion.

Von 2004 bis 2007 war er Leiter der Abteilung Policy and Public Sector bei der Commission for Racial Equality (CRE) und war maßgeblich an der Ausarbeitung des Grundsatzprogramms der CRE beteiligt.

Diese Perspektive basiert auf einem Diskussionspapier, das die Fabian Society und die Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro London im September 2010 unter dem Titel „Separate and Unequal“ veröffentlichten.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Westliche Industrieländer | Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Anne Seyfferth, Leiterin Referat Westliche Industrieländer

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249
www.fes.de/international/wil

Bestellungen/Kontakt hier:
ID-INFO-WIL@fes.de